



8/SN-143/ME

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222/7500

Name des Sachbearbeiters:

┌ Geschäftszahl 14.465/2-I/1/85 ┐

Dr. Gabitzer
 Klappe 5307 Durchwahl
 Fernschreib-Nr. 111145, 111780

An das
 Präsidium des Nationalrates
 1017 W i e n
 Parlament

Bitte in der Antwort die
 Geschäftszahl dieses
 Schreibens anführen.

30.5.1985

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
 Maßnahmen auf dem Gebiete des Bewertungs-
 rechtes getroffen und das Bewertungsge-
 setz 1955, das Grundsteuergesetz 1955 und
 das Vermögenssteuergesetz 1954 geändert
 werden (Bewertungsänderungsgesetz 1985);
 Begutachtungsverfahren

DOKUMENT GESETZENTWURF	
Zl. 32	-GE/19- 31
Datum: 31. MAI 1985	
Verteilt: 31.5.85 phöber	

A. Wasserbauer

Unter Bezugnahme auf die Entschliebung des Nationalrates an-
 läßlich der Verabschiedung des Geschäftsordnungsgesetzes, BGBl. Nr.
 178/1961, beehrt sich das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und
 Industrie, 22 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines
 Bundesgesetzes, mit dem Maßnahmen auf dem Gebiete des Bewertungs-
 rechtes getroffen und das Bewertungsgesetz 1954, das Grundsteuer-
 gesetz 1955 und das Vermögenssteuergesetz 1954 geändert werden (Be-
 wertungsänderungsgesetz 1985) zu übermitteln.

Wien, am 23. Mai 1985

Beilage

Für den Bundesminister:

Dr. Schwarz

Für die Richtigkeit
 der Ausfertigung:

Teyer



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

1011 Wien, Stubenring 1
Telefon 0222/7500
Name des Sachbearbeiters:

Geschäftszahl 14.465/2-I/1/85

Dr. Gabitzer
Klappe 5307 Durchwahl
Fernschreib-Nr. 111145, 111780

An das
Bundesministerium für Finanzen

Himmelpfortgasse 2 - 8
1015 W i e n

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

30.5.1985

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
Maßnahmen auf dem Gebiete des Bewertungs-
rechtes getroffen und das Bewertungsge-
setz 1955, das Grundsteuergesetz 1955
und das Vermögenssteuergesetz 1954 geändert
werden (Bewertungsänderungsgesetz 1985);
Begutachtungsverfahren

Zur do. Note vom 11. März 1985, Zl. 08 2401/1-IV/8/85, be-
ehrt sich das ho. Ressort mitzuteilen, daß der Entwurf eines Bun-
desgesetzes, mit dem Maßnahmen auf dem Gebiete des Bewertungs-
rechtes getroffen und das Bewertungsgesetz 1955, das Grundsteuer-
gesetz 1955 und das Vermögenssteuergesetz 1954 geändert werden
(Bewertungsänderungsgesetz 1985), zu nachstehenden Bemerkungen
Anlaß gibt:

Zu Abschnitt IV, Artikel I (§ 3 Abs. 1 Z 3):

1.a) Im Sinne der Gleichbehandlung der leitungsgebundenen
Energieträger sollte die in § 3 Abs. 1 Z 3 lit.b enthaltene Be-
freiungsbestimmung für Elektrizitätsversorgungsunternehmen auch
auf Fernwärme- sowie Gasversorgungsunternehmen im Sinne des EnFG
1979 igF ausgedehnt werden.

b) Was die Bindung der Vermögenssteuerbefreiung an die ener-
giewirtschaftliche Zweckmäßigkeit von Anlagen anbelangt, wird be-
merkt, daß das EnFG bei bestimmten Anlagenteilen (z.B. Anlagen
zur Leitung und Verteilung elektrischer Energie; siehe § 2 Abs. 2
Z 2) vorweg von einer energiewirtschaftlichen Zweckmäßigkeit aus-
geht, weshalb für solche Anlagen keine Bescheinigung der energie-
wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit erforderlich ist. Aus ho. Sicht

- 2 -

erscheint es jedoch geboten, daß auch diese Anlagenteile in den Genuß der Vermögenssteuerbefreiung gelangen. Es wird deshalb er-
sucht, bei dem Begünstigungstatbestand nicht auf die Bescheini-
gung der energiewirtschaftlichen Zweckmäßigkeit abzustellen, son-
dern auf das Erfordernis der Inanspruchnahme der Energieförde-
rungsrücklage.

§ 3 Abs. 1 Z 3 lit.b könnte dann wie folgt lauten:

"Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Fernwärmeversorgungs-
unternehmen und Gasversorgungsunternehmen im Sinne der §§ 1, 10
und 16 des Energieförderungsgesetzes 1979, hinsichtlich des der
Abgabe von Energie an Dritte dienenden Teiles des Vermögens, so-
fern die genannten Unternehmen zur Bildung einer steuerfreien
Rücklage nach dem Energieförderungsgesetz 1979 berechtigt sind."

2. Nach ho. Ansicht sollte aus energiepolitischen Erwägungen
auch für die im § 3 Abs. 1 Z 3 lit.a genannten Unternehmungen,
die der öffentlichen Versorgung mit Elektrizität, Gas oder Wärme
dienen als Begünstigungstatbestand das Erfordernis der Inanspruch-
nahme der Energieförderungsrücklage aufgenommen werden. Dies könnte
etwa durch Anfügen der Wendung "sofern die Voraussetzungen der lit.b
vorliegen" an den 1. Satz der lit.a zum Ausdruck gebracht werden.

22 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem
Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Wien, am 23. Mai 1985

Für den Bundesminister:

Dr. Schwarz

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

